

Hardwareluxx Media GmbH
Zum Wiehegraben 5
30519 Hannover

Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 200030
USt-IdNr.: DE242866417
Geschäftsführung: Dennis Bode
Gerichtsstand: Hannover
Verantwortlich im Sinne der Redaktion (gemäß § 10 Absatz 3 MDStV): Dipl.-Ök. Dennis Bode

Gerrit Mumme
[Online]-Redakteur

E-Mail:
gerrit.mumme@hardareluxx.de

Interview Piratenpartei, Hr. P. Brecher

1. Wie erklären Sie sich den durchschlagenden Einstand der Piratenpartei in Berlin mit einem Stimmenanteil von neun Prozent und 15 Mandaten?
 - a. Hype, Kritik, Verschlafen der etablierten Parteien?
 - b. Was ist ihre Zielgruppe?
2. Was sind, neben ihrem netzpolitischen Standpunkt, die Kernthemen Ihrer Partei?
3. Wie wollen Sie sich künftig engagieren? Was sind in diesem Zuge Ihre Ziele für die Bundestagswahl im Jahr 2013?
4. Wie ist Ihr Standpunkt zum Thema Datenschutz? Wie bewerten sie den Dialog aus der Freiheit des Einzelnen und der Sicherheit der demokratischen Gesellschaft?
 - a. Vorratsdatenspeicherung
 - b. Soziale Netzwerke, Vorstoß Schleswig-Holstein zum „Facebook-Like“
 - c. Zusammenarbeit der Justiz mit sozialen Netzwerken (Bundestrojaner)
5. Sollte die Netzanonymität bestehen bleiben? Wie bewerten Sie die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Internet mit Offenlegung der Identität zu nutzen?
 - a. Klarnamenzwang Google Plus
 - b. sind Websperren (wie von Kauder, CDU neu zur Disposition gebracht) Ausdruck der Rechtsstaatlichkeit im Internet oder der Versuch der Etablierung einer Kontrollinstanz?
6. Glauben Sie, dass es im pluralistischen Demokratiemodell der Bundesrepublik einer stärken Einbeziehung direkter Demokratie auf Bundesebene bedarf?
 - a. „Liquid Democracy“
 - b. Volksentscheide (Gabriel nach Euro-Rettungsschirm)
7. Ist Anonymous Teil dieser neuen Form von „direkter Demokratie“? Toleriert die Piratenpartei diese Form der mittelalterlichen Selbstjustiz in einem modernen Rechtsstaat der Gewaltenteilung?
 - a. Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik? Ausdruck nach Reformen?

1. *Wie erklären Sie sich den durchschlagenden Einstand der Piratenpartei in Berlin mit einem Stimmenanteil von neun Prozent und 15 Mandaten?*
 - a. *Hype, Kritik, Verschlafen der etablierten Parteien?*
 - b. *Was ist ihre Zielgruppe?*
 - kreativer Wahlkampf („jung, idealistisch“, bei der Bevölkerung das Gefühl von **„Bock auf Politik“**), andere Parteien hätten im Vergleich teils einen „unterirdischen“ Wahlkampf geführt („langweiliges Auftreten“), Ansatz der allgemeinen Transparenz innerparteilich wie öffentlich, Mobilisierung der Nichtwähler (23.000), Gefühl beim Wähler **„Demokratie macht Sinn“**, Grüne wären „linke Spießer“ und daher keine Alternativpartei mehr
 - keine Klientelpolitik fürs Netz, verstehen sich als allgemeine Partei

2. *Was sind, neben ihrem netzpolitischen Standpunkt, die Kernthemen Ihrer Partei?*
 - Netzpolitik, **Transparenz**, neue Demokratie (Bildung), „Experimente“ seien gewollt, **„wir wollen Visionen“**, Freiheit des Einzelnen, ein neues Menschenbild des Erwachsenen auch für Jüngere

3. *Wie wollen Sie sich künftig engagieren? Was sind in diesem Zuge Ihre Ziele für die Bundestagswahl im Jahr 2013?*
 - mit 5% in den Bundestag und nach Schleswig-Holstein, verstehen sich als **Oppositionspartei** allerdings nicht im herkömmlichen Sinne (dies sei nicht die Mission, die die Wähler Ihnen auferlegt hätten), kein „einfaches Abnicken“ und **„keine Spielchen“** in den Parlamenten („dafür wäre die Partei nicht da“)

4. *Wie ist Ihr Standpunkt zum Thema Datenschutz? Wie bewerten sie den Dialog aus der Freiheit des Einzelnen und der Sicherheit der demokratischen Gesellschaft?*
 - a. *Vorratsdatenspeicherung*
 - b. *Soziale Netzwerke, Vorstoß Schleswig-Holstein zum „Facebook-Like“*
 - c. *Zusammenarbeit der Justiz mit sozialen Netzwerken (Bundestrojaner)*
 - Datenschutz in Deutschland nicht mehr zeitgemäß, großer Interpretationsfreiraum
 - **Vorratsdatenspeicherung** wäre eine reine **Kontrollmaßnahme** und erfülle nicht den Sinne einer Prävention, Anonymität werde verletzt (Gefahr bei vertraulichen Daten, Verweis auf Stellungnahme 5.), die Bürgerrechte des Individuums müssten im Sinne des GG hochgehalten werden
 - Gebietsgedanke im Internet sei hinfällig, man könnte „like-Buttons“ einfach mit einen Scriptblocker begegnen, sehen keinen Handlungsbedarf respektive gäbe es kein Rechtsgrundlage dafür, die Politik (der technisch Ahnungslosen) spiele mit den **Ängsten der Leute**, man müsse eine groß angelegte **Aufklärungsarbeit** leisten
 - jeder müsse sich seiner Angaben bei FB bewusst sein, Kritik am Geschäftsmodell, die Weitergabe der **Daten** an die **Strafvollzugsbehörden** sei in jedem Fall **unzulässig**

5. Sollte die Netzanonymität bestehen bleiben? Wie bewerten Sie die Forderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, das Internet mit Offenlegung der Identität zu nutzen?
- Klarnamenzwang Google Plus
 - sind Websperren (wie von der CDU neu zur Disposition gebracht) Ausdruck der Rechtsstaatlichkeit im Internet oder der Versuch der Etablierung einer Kontrollinstanz?
- **den rechtsfreien Raum Internet gäbe es nicht** (Verweis CDU-Papier), Integrität und damit die Anonymität der Daten müsse gewährleistet werden
 - gegen Klarnamenzwang da eine Art der Bevormundung
 - Verweis auf Stellungnahme 4. Vorratsdatenspeicherung, einer Art der Zensur
6. Glauben Sie, dass es im pluralistischen Demokratiemodell der Bundesrepublik einer stärkeren Einbeziehung direkter Demokratie auf Bundesebene bedarf?
- „Liquid Democracy“
 - Volksentscheide (Gabriel nach Euro-Rettungsschirm)
- das Internet als eine neue Möglichkeit vom Ausdruck nach direkter Demokratie, „Liquid Democracy“ da zum „Sammeln von Erfahrungen der Machbarkeit“
 - Bezug „Liquid Democracy“ und Volksentscheide, **„Die Mehrheit hat immer Recht“**, falls ein Vorschlag einer Interessengruppe vom Volk akzeptiert werden sollte (Verweis Minarettverbot Schweiz) müsse dieser akzeptiert und von der Politik getragen werden (**Rousseau, Identitätstheorie**, Gemeinwille als Ausdruck des Gemeinwohls) , für die Zukunft müsse man dann aus den Fehlern lernen, dies besser zu kontrollieren und populistische Meinungsmache verhindern, man glaube aber an die „Weisheit der Masse“, weswegen dieser Fall unrealistisch wäre
7. Ist Anonymous Teil dieser neuen Form von „direkter Demokratie“? Toleriert die Piratenpartei diese Form der mittelalterlichen Selbstjustiz in einem modernen Rechtsstaat der Gewaltenteilung?
- Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik? Ausdruck nach Reformen?
- **Anonymous sei keine Gefahr für den Rechtsstaat** (Ausnahme z.B. Veröffentlichung privater Date wie von der Schweizer Polizei) weswegen man von einer Verfolgung durch die Justiz absehen sollte, aus moralischer Sicht müsse man es aber nicht gutheißen
 - der **Rechtsstaat** sollte sich **nicht** für die Machenschaften der **Wirtschaft einspannen** lassen, die Unternehmen seien selbst Schuld, wenn Ihre Infrastruktur nicht ausreichend gesichert wäre, „fair use“
 - „das FBI würde ich auch gerne einmal hacken“

Zum Interviewpartner:

Philip Brecher, 25 Jahre, Softwareentwickler in Berlin für mobile Endgeräte, Pressesprecher für die Piraten in Berlin, kein Abgeordneter

(gm)